

Widerstand tut not! Für einen eintägigen Streik- und Protesttag!

Info - Brief Nr.IV, Dezember '97

Für die Beschäftigten der Berliner Krankenhäuser

In der letzten Ausgabe berichteten wir über die Privatisierungspläne des Berliner Senats und die damit verbundenen Auswirkungen. Auch nach den Parteitagungen von SPD, CDU und PDS ist entschiedene Gegenwehr notwendiger denn je!

Während sich die CDU klar für Privatisierungen aussprach, verabschiedete die SPD nur eine "Privatisierung light". So wurde die Schaffung eines Grundstückfonds und die Teilprivatisierung von Wohnungsbaugesellschaften und Städtischen Betrieben zu 49% beschlossen. Doch schon eine Teilprivatisierung ist nicht hinnehmbar! Außerdem ist dieser Beschluß unrealistisch, welcher Unternehmer steckt schon Geld in einen Betrieb, über den er nicht voll bestimmen kann? Auch ist der Berliner Senat keineswegs an Parteitagebeschlüsse gebunden. Irgendeinen Weg werden die Sparschweine von CDU und SPD schon finden, öffentliches Eigentum zu verscherbeln.

Auch die Berliner PDS stößt ins gleiche marktwirtschaftliche Horn, auf ihrem Parteitag haben sie sogenannte "Reformprojekte für eine alternative Politik" beschlossen. Diese beinhalten sogar Arbeitszeitverkürzung im Öffentlichen Dienst ohne vollen Lohnausgleich! Außerdem schlagen sie eine Holding für Berliner Betriebe vor, die dann an die Börse gehen sollen. So will man "dem Neoliberalen Kurs der Regierung marktwirtschaftliche Prinzipien entgegensetzen". Damit erreicht der dramatische Rechtsruck der PDS-Führung seinen vorläufigen traurigen Höhepunkt.

Von den etablierten Parteien ist nichts zu erwarten, deshalb ist es jetzt absolut notwendig, mit Protesten und kämpferischen Aktionen nicht nachzulassen!

Die Mehrheit der KollegInnen im Öffentlichen Dienst ist gegen jede weitere Privatisierung. So forderten mehrere Beschäftigte auf der Funktionärsversammlung am 30.10.97 entschiedeneren Kampfmaßnahmen bis hin zum Generalstreik. Doch mit dieser Gewerkschaftsführung ist das kaum machbar. Sie vertritt immer weniger die Interessen der Arbeitnehmer, vielmehr betätigen sie sich als Co-Manager der Bosse und Politiker, die den sozialen Frieden wahren, und die KollegInnen vor allzu radikalen Kampfmaßnahmen zurückhalten sollen.

Bestes Beispiel für diese Politik ist das Überwecheln des Berliner ÖTV-Vorsitzenden Kurt Lange in den Aufsichtsrat der Bewag. Er wird mit einem Gehalt von 700.000 DM im Jahr für den weiteren Abbau von 2000 Bewag-Stellen sorgen.

Nur wenn von der Basis Druck kommt und konkrete Kampfschritte vorgeschlagen werden, wird es kämpferische Aktionen geben. Und nur mit einer kämpferischen Gewerkschaft können wir ArbeitnehmerInneninteresse durchsetzen und die Gewerkschaftsführung kontrollieren.

Die ÖTV muß jetzt mit den anderen Gewerkschaften zu einem eintägigen Streik- und Protesttag aufrufen, um jede weitere Privatisierung und Kürzungspolitik zu stoppen. Ein gemeinsamer Kampf von ArbeiterInnen, SchülerInnen, StudentInnen, Eltern, Arbeitslosen und RentnerInnen würde auf breite Zustimmung und Unterstützung stoßen, denn von Kürzungen, Arbeitslosigkeit und Sozialabbau sind alle betroffen!

.....
: **Kämpfen wir gemeinsam:**

- : - **Gegen Privatisierung und für die Rücknahme aller bisherigen Privatisierungsmaßnahmen**
 - : - **Gegen weiteren Arbeitsplatzabbau**
 - : - **Gegen weiter Kürzungen bei Sozialem, Schulen, Unis, Kultur**
-

SAV

Sozialistische Alternative